

Meinungen

Leitartikel

Separierter Unterricht muss wieder möglich sein

Alle sind sich einig: Die integrative Schule muss verändert werden. Wie? Darüber braucht es eine offene Debatte – frei von Ideologien.

Als 2008 die integrative Schule in der Schweiz definitiv eingeführt wurde, stand die Chancengerechtigkeit im Zentrum. Alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnissen, sollten dieselben Voraussetzungen haben. Von einer Schule für alle, so die Überzeugung, würden auch alle profitieren – verhaltensauffällige, leistungsschwache, leistungsstarke und hochbegabte Kinder. Dank Inklusion statt Exklusion würden Diskriminierungen bekämpft und eine integrierende Gesellschaft aufgebaut.

Die hehren Absichten übertönten die Bedenken. Skeptische Lehrkräfte wurden besänftigt, indem man sie vor der Einführung konsultierte und die Bedingungen für den Erfolg der integrativen Schule definieren liess.

Seither sind 15 Jahre vergangen, und von der damaligen Zuversicht ist kaum mehr etwas zu spüren. Im Gegenteil, es herrschen Ernüchterung und Wut – und zwar bei allen involvierten Parteien. Erschöpfte Lehrerinnen und Lehrer klagen über zu grosse Klassen und zu wenig Platz. Über Unruhe im Klassenzimmer, uneinsichtige Eltern und fehlende oder falsch eingesetzte Ressourcen. Die Eltern sind unzufrieden, weil ihren Kindern zu wenig Beachtung geschenkt wird. Und die Politik, vor allem deren bürgerliche Vertreter, warnt mit Blick auf die Pisa-Studie vor einer Verschlechterung der Volksschule.

Der wachsende Unmut über die aktuelle Situation führt dazu, dass der Ruf nach einer Rückkehr zu früheren Modellen – also zu mehr Separierung in der Schule – immer lauter wird. Im vergangenen April wurde die Waadtländer SP-Bildungsdirektorin Cesla Amarelle abgewählt, nachdem sie das



Verhaltensauffällige Schüler sind im heutigen Schulsystem oft überfordert. Für diese Kinder braucht es Schonräume. Foto: Madeleine Schoder

Es ist nun wichtig, diejenigen anzuhören, die täglich mit den Schwierigkeiten der integrativen Schule konfrontiert sind.

teure «Konzept 360°» für eine verbesserte Inklusion in der Schule eingeführt hatte. In Zürich wünscht sich die Wählerschaft laut mehreren Umfragen die Kleinklassen zurück. Im Kanton Bern stellt das Parlament dieselbe Forderung. Und in Basel-Stadt kämpft ein Komitee um die Lehrgewerkschaft mit einer Volksinitiative für Förderklassen.

Bildungsforschende wollen zwar auf keinen Fall zurück zu den Sonderklassen. Als eiserne Verfechter der integrativen Schule sind sie nach wie vor überzeugt, dass einerseits

Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen schneller und besser lernen, wenn sie mit leistungsstärkeren Kindern zusammen sind, und andererseits leistungsstarke Kinder in Integrationsklassen nicht benachteiligt werden. Die Experten erkennen aber, dass Handlungsbedarf besteht. Sie setzen den Hebel allerdings bei den ohnehin schon geforderten Lehrkräften und Heilpädagoginnen an. Diese sollen besser aus- und weitergebildet werden, damit sie effektiver und effizienter auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder eingehen können.

Immerhin scheinen sich alle einig darüber zu sein, dass die integrative Schule in ihrer bestehenden Form nicht funktioniert und es dringend Veränderungen braucht. Diese Einsicht ist wohl der einzige positive Aspekt in einer ansonsten verworrenen und unbefriedigenden Situation. Daran gilt es anzuknüpfen.

Es ist nun wichtig, diejenigen anzuhören, die täglich mit den Schwierigkeiten der integrativen Schule konfrontiert sind. Das sind weder Forscher noch Politikerinnen, sondern in erster Linie

Lehrkräfte. Sie halten gemäss Umfragen verhaltensauffällige Schulkinder für den grössten Belastungsfaktor, weil sie im heutigen Schulsystem überfordert seien und dadurch den Unterrichtsbetrieb erschwerten bis verunmöglichten. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, brauchten diese Kinder Schonräume.

Auch Eltern von verhaltensauffälligen Schülern berichten von Stresssituationen, denen die Kinder ausgesetzt sind – und von einer «schwierigen und einsamen Integration».

Dass sich die Erfahrungsberichte von Lehrkräften und Eltern decken, spricht eindeutig dafür, eine separate Beschulung wieder vermehrt zu ermöglichen. Welches Modell dabei eher infrage kommt, ob ständige Kleinklassen oder durchlässige Förderklassen, die Kindern erlauben, rasch und unbürokratisch in die Regelklasse zurückzukehren, muss diskutiert werden – und zwar frei von Ideologien. Man soll Probleme ansprechen können, ohne gleich den Vorwurf zu riskieren, gegen Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten oder mit Behinderungen zu sein. Gleichzeitig darf die derzeitige Lage nicht dazu missbraucht werden, um gegen Minderheiten wie Menschen mit Migrationshintergrund oder aus belasteten Familien Stimmung zu machen.

Je offener die Debatte geführt wird, desto geringer ist das Risiko, dass Kinder, die in eine Sonderklasse kommen, stigmatisiert und gesellschaftlich isoliert werden.



Alessandra Paone

Widmers Woche



Die Bio-Preise müssen überprüft werden

Der Preisüberwacher verdächtigt Migros und Coop, bei Biolebensmitteln überhöhte Margen abzuschöpfen.

Peter Burkhardt

Der Vorwurf wiegt schwer, und er steht seit Jahren im Raum: Migros und Coop sollen ihre Marktmacht ausnützen und überhöhte Preise für Bio- und andere Lebensmittel verlangen. Doch trotz Studien und Berichten von Bauern, Konsumentenschutz, Tierschutz, Staatssekretariat für Wirtschaft und Medien sah die Wettbewerbskommission (Weko) bisher keinen Anlass zum Eingreifen.

Nun jedoch kommt die Behörde nicht darum herum, der Sache auf den Grund zu gehen. Denn mit einem Bericht, den Preisüberwacher Stefan Meierhans gestern veröffentlicht hat, erhält der Verdacht sozusagen die amtliche Beglaubigung. Sein Befund: Migros und Coop

erzielen mit Bioprodukten eine höhere Marge als mit konventionell hergestellten. Und er stellt eine brisante Frage: Sind die hohen Preise eine Folge davon, dass Migros und Coop den Wettbewerb behindern?

Beantworten kann sie nur die Wettbewerbskommission. Denn diese hat weit schärfere Rechtsmittel als der Preisüberwacher, um Auskunft über die Margen zu verlangen. Und nur sie kann die Detailhändler bei allfälligen Vergehen gegen den freien Wettbewerb bestrafen.

Bisher stellte sich die Wettbewerbskommission auf den Standpunkt, sie könne Migros und Coop nicht überprüfen, da keine formale Anzeige eines Marktteilnehmers – beispielsweise eines Bauern – bei ihr

eingegangen sei. Eine seltsame Argumentation, denn die Weko hat gemäss Gesetz das Recht, von sich aus ein Verfahren zu eröffnen.

Und sie sollte den Umstand nutzen, dass dieses Gesetz vor einem Jahr noch schärfer geworden ist. Neu gibt es den Tatbestand der «relativen Marktmacht». Er besagt, dass sich ein Unternehmen, das eine beherrschende Stellung missbraucht, strafbar macht.

Ob das der Fall ist, muss die Weko klären. Das ist auch im Interesse von Migros und Coop selbst. Denn sie weisen den Vorwurf vehement zurück. Und da wir in einem Rechtsstaat leben, sind sie bis zu einem rechtsgültigen Entscheid unschuldig.